



# Baden-Württemberg und die Polizei haben gewählt

Am 14. März 2021 hatten die Bürgerinnen und Bürger in unserem Bundesland die Wahl – Landtagswahl 2021. Die große Frage, die sich vor der Wahl stellte, ob ein Regierungswechsel möglich ist, scheint zumindest nach den bisher bekannten Zahlen aufgelöst. Grün gewinnt, CDU bleibt zweitstärkste Partei, SPD wird trotz Verlusten zur drittstärksten Partei und löst die geschwächte AfD ab, wobei die FDP mit großen Gewinnen gestärkt aus den Wahlen hervorgeht.



Oliver Auras

In den kommenden Wochen folgen die Sondierungsgespräche. Mit Spannung erwarten wir das Ergebnis. Bleibt es bei Grün-Schwarz,

gibt es eine Ampel mit Grün-Rot-FDP oder eine sogenannte Deutschland-Koalition aus CDU, SPD und FDP?

Position, dass wir zum Wohle unserer Mitglieder mit allen möglichen Regierungsparteien eine Basis geschaffen haben, die uns politisch die notwendige Handlungsfähigkeit gibt. Im Gegensatz zu unseren Mitbewerbern haben wir uns stets sachlich und fachlich kompetent mit den Themen auseinandergesetzt und dabei den Blick für die Realität nicht verloren.

## Die „Big Points“ (retten)

Wir werden alles daran setzen, dass das Thema „mehr Personal“, gute Ausrüstung und Ausstattung, persönliche Zukunftsperspektiven im Vollzug und Nichtvollzug – bei Beamten und Tarifbeschäftigten, die finanzielle Ausstattung, aber auch die strategische Ausrichtung der Polizei in den nächsten Jahren ausreichend beachtet und verbessert wird. Wir werden versuchen, den Blick zu schärfen, dass die Pandemie manche Sicherheitsthemen in leichtem „rosarot“ erscheinen lässt und die wahren Herausforderungen keinesfalls geringer sind.

Im Gegensatz zu den Parteien ist unser „blauer“ Faden unverändert und unsere Strategiepapiere sind längst ausformuliert. Die Richtung für uns steht fest, es ist nur noch offen, wie steinig und steil der Weg wird. Das gilt im Übrigen auch für die Führungsmannschaft, die durch die Personalratswahlen 2021 in eine noch komfortablere Situation gebracht wurde als die Parteien bei der Wahl. Denn das Land ist deutlich „blauer“ als es nach diesem Abend „grün“ schimmert.

*Ihr Oliver Auras,  
stellvertretender  
Landesvorsitzender*

## Inhalt

- 2 Verletzter Polizeibeamter erhält Unterstützung durch DPoIG-Stiftung
- 3 Impfungen bei der Polizei Baden-Württemberg
- 4 Bewährungsaufstieg in den gehobenen PVD
- 5 DPoIG erneuert Forderung nach Scheckkartenausweisen
- 5 Grüne wollen Rassismus-Überprüfung der Polizei durch die Hintertüre?
- 7 DPoIG-Fachsprecher Kriminalpolizei erneuert Kritik zur Ausführung der Polizeidienstausweise
- 7 DPoIG „fit for test“
- 8 Verlängerung des VwV-Freistellungsjahres

Am Wahlabend selbst spielte das Thema „Innere Sicherheit“ keine Rolle. Das gilt auch für den öffentlichen Dienst und dessen Beschäftigte. Klima, Klima, Klima sind die Stichworte bei den Grünen. Ein Hinweis darauf, dass viel Arbeit auf die Deutsche Polizeigewerkschaft zukommt. Im Grunde ja nichts Neues. Aber wenn man dabei betrachtet, dass wir vor den größten finanziellen Herausforderungen des Landes stehen und die Grünen vor der Landtagswahl fast alle Erwartungen, die mit finanziellen Mitteln und unmittelbar mit unserer Besoldung, Versorgung und der Inneren Sicherheit verbunden sind, gedämpft haben, wird schon deutlich, welche dicken Bretter wir bohren müssen.

## Wir haben gut vorgelegt

Vor den Landtagswahlen hatten wir mit allen möglichen Regierungsparteien Gespräche geführt. Mit allen diesen Parteien hatten wir auch in den zurückliegenden Jahren gut zusammengearbeitet. Was im Übrigen auch für Bündnis 90/Die Grünen gilt. Insofern sind wir in der guten

## Erstes Ziel ist der Koalitionsvertrag

Mit den möglichen Regierungsparteien eint uns das nächste Ziel – der Koalitionsvertrag. Es ist uns gelungen, wesentliche Ziele der DPoIG in die Wahlprogramme zu bringen. Zugegeben, in unterschiedlicher Ausprägung. Jetzt gilt es, dass aus diesen Wahlprogrammen so viel als möglich in den Koalitionsvertrag übernommen wird. Zu schauen, dass nicht zu viel dem wohl übergeordneten Ziel der Regierungsteilnahme geopfert wird. Zu schauen, dass dort wo die Wahlprogramme unklar waren, diese nachgeschärft werden. Und zu erreichen, dass überall dort, wo aktuelle Hindernisse bestehen, Formulierungen gefunden werden, die Optionen in der Zukunft eröffnen und nicht verschließen.

## Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger  
(V. i. S. d. P.)  
Telefon 07251.703-1510  
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart  
Telefon 0711.9979474-0  
Telefax 0711.9979474-20  
Internet: www.dpolg-bw.de  
E-Mail: info@dpolg-bw.de  
ISSN 0723-1830



© DPoIG BW

## Nach Samurai-Schwert-Angriff

# Verletzter Polizeibeamter erhält Unterstützung durch DPoIG-Stiftung

Am 12. August 2020 wurde in Bad Herrenalb bei einer Festnahme ein Polizeibeamter durch einen Angriff mit einem Samurai-Schwert schwerstverletzt und musste mit dem Hubschrauber und höchster Eile in ein Krankenhaus geflogen und notoperiert werden. Der verletzte Polizeibeamte befindet sich noch heute im Krankenstand.

Anfang März haben der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Ralf Kusterer, und der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt, dem Bezirksvorsitzenden der DPoIG Pforzheim, Uwe Grandel, für den schwerstverletzten Kollegen sowie einem weiteren Kollegen des feigen Angriffs einen Gutschein für einen Aufenthalt in den Stif-tungshäusern der DPoIG-Stif-tung überreicht. Mit vor Ort waren der Bürgermeister der Stadt Bad Herrenalb, Klaus Hoffmann und der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Blenke.

Mit einem bereits vorliegen-den Unterbringungsbeschluss des Amtsgerichts Tübingen sollte der als gewalttätig poli-zeibekannt Mann festgenom-men und beim Amtsgericht Tü-bingen vorgeführt werden. Für die geplante Festnahme waren aufgrund der polizeilichen Er-kenntnisse und der Befürchtung, dass sich der als psy-chisch auffällig bekannte Mann seiner Festnahme widersetzt, insgesamt acht Polizeibeamte des Polizeireviers Calw sowie eine Hundeführerin im Einsatz.

Beim Versuch, die betreffende Wohnung zu betreten, hat der Gesuchte mit dem Samurai-Schwert auf die Beamten ein-geschlagen. Einer der Polizisten wurde dabei am Unterarm ge-troffen und erlitt tiefe, stark blutende Schnittverletzungen. Weitere Polizeibeamte wurden verletzt.

### Verletzte Polizeibeamte erhalten vermutlich keinerlei Schmerzensgeld

Wenn ein Täter schuld- und de-liktsunfähig ist, so wie hier ver-mutlich psychisch krank, erhal-ten eingesetzte und verletzte Polizeibeamte in der Regel kein Schmerzensgeld zugesprochen. Dadurch scheidet auch eine Übernahme von Schmerzens-geld durch das Land aus.

Für den CDU-Landtagsabge-ordneten Thomas Blenke, den die Deutsche Polizeigewerk-schaft um Unterstützung ge-beten hatte, ist das ein Ärger-nis: „Wir müssen das Gesetz nachbessern. Es versteht doch niemand, dass das Land Schmerzensgeld übernimmt, wenn der Täter zahlungsunfä-hig ist, aber nicht, wenn der

Täter unzurechnungsfähig ist. Die Verletzungen sind gleich, das Leid der Polizeibeamten ebenso. Solche Fälle, wie hier in Bad Herrenalb dürfen uns nicht kaltlassen. Die Polizisten waren zu unserem Schutz un-terwegs.“

### Stiftung der Deutschen Polizeigewerkschaft

Die Deutsche Polizeigewerk-schaft unterhält eine Stiftung. Deren Stiftungszweck ist die Unterstützung von Beschäf-tigten und Versorgungsempfän-gern der Polizei und der Sicher-heitsbehörden in Deutschland oder deren Hinterbliebenen (Witwen, Waisen), die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes auf die Hilfe anderer angewiesen sind. Die Unterstützung erfolgt in Form von Naturalleistungen und einmaligen oder wieder-kehrenden Zuwendungen, in der Regel durch die Zurverfü-gungstellung von Aufenthalten in den Stiftungsliegenschaften in Bayern.

Es sind gerade die in der Inne-ren Sicherheit tätigen Berufs-gruppen, die einen schweren und gefährlichen Dienst verse-hen, der meist mit einer hohen physischen und psychischen Belastung verbunden ist. Un-fälle, Brände, Schusswechsel,

Verletzungen im Dienst oder der Verlust eines Kollegen ge-hören zu ihrem Beruf und hin-terlassen Spuren an Seele, Körper und Geist.

Das gilt auch für den schreckli-chen Angriff mit dem Samurai-Schwert und den dadurch erlit-tenen schweren Verletzungen.

Die Unterstützung der Stiftung ist nicht nur den Gewerk-schaftsmitgliedern vorbehal-ten, sondern wendet sich völlig unabhängig von einer Mit-gliedschaft an den dem Stif-tungszweck zu entnehmenden Personenkreis.

### Spendenaufwurf – Stiftung der Deutschen Polizei-gewerkschaft

Die Stiftung der Deut-schen Polizeigewerkschaft finanziert sich ausschließlich durch Spenden und Einnah-men von Vermietungen für Urlaubsgäste in den Stiftungs-häusern. Aufgrund der Cor-na-Krise sind zahlreiche Ein-nahmen weggebrochen. Deshalb freut sich die Stiftung der Deutschen Polizeigewerk-schaft über Spenden, die dazu beitragen, solche Stiftungs-aufenthalte für Polizisten, wie die des verletzten Kolle-gen aus Bad Herrenalb, zu finanzieren.

### Wir bitten um Unterstützung – jeder Cent hilft

Sparda Bank München eG  
IBAN: DE70 7009 0500 0001 9999 90  
BIC: GENODEF1S04

## Impfungen bei der Polizei Baden-Württemberg

# DPoIG setzt sich durch

Am 1. März 2021 fiel der Startschuss für die Corona-Schutzimpfungen bei der Polizei Baden-Württemberg. Die Deutsche Polizeigewerkschaft hatte sich unmittelbar mit der Befassung der Impfgruppen in der Ständigen Impfkommission der Bundesregierung zu Wort gemeldet und eine frühzeitige Berücksichtigung der (aller) Polizeibeschäftigten gefordert.

Immer wieder machte der DPoIG-Landes- und stellvertretende Bundesvorsitzende Ralf Kusterer auf die Gefahren für die Polizeibeschäftigten aufmerksam. Kusterer: „Die Corona-Zahlen sprechen eine deutliche Sprache und verdeutlichen die höchsten Gesundheitsgefahren, unter denen die Polizeibeschäftigten diese Leistungen erbracht haben, zwei Todesfälle in der Polizei, fast 1 200 infizierte Polizeibeschäftigte und mehr als 10 000 Polizeibeschäftigte, die in Quarantäne oder aufgrund der Risiken oder anderer Gründe freigestellt werden mussten.“

Für die Deutsche Polizeigewerkschaft ist die Berücksichtigung der Polizei nicht nur eine Frage der Wertschätzung, sondern in erster Linie eine korrekte Bewertung der Gefahrenlage der Polizeibeschäftigten.

Bei einer Besichtigung des Impfzentrums und dem Start der Impfungen beim Polizeipräsidium Pforzheim hatte der Innenminister betont, dass es gerade die Polizistinnen und Polizisten im Streifendienst und in den Einsatzeinheiten

sind, die einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt und bestmöglich geschützt werden müssen. Durch die Zunahme der Impfstofflieferungen an die Länder kann nun früher als ursprünglich angenommen mit der Impfung der Personengruppe mit hoher Priorität begonnen werden, als sie in der Coronavirus-Impfverordnung (CoronaImpfV) des Bundesministeriums für Gesundheit festgelegt ist.

### ■ Chronologie der wichtigsten DPoIG-Aktivitäten

- Im **Dezember** findet eine Diskussion über die Reihenfolge statt. Der DPoIG-Landesvorsitzende fordert als Einziger eine frühzeitige Berücksichtigung der Polizei.
- Minister unterstützt die DPoIG-Forderungen (dpa **10. Dezember 2020**) Stuttgart/Berlin (dpa): ... Baden-Württembergs Ressortchef Thomas Strobl (CDU) sagte am Donnerstag anlässlich der Innenminister-Konferenz: „Unsere Polizei muss bei den Impfungen so weit oben wie irgendwie möglich priorisiert werden.“ Die Polizistinnen und Polizisten seien ständig draußen unterwegs

und hätten viele Kontakte, wodurch sich ein Infektionsrisiko ergebe. Die Innenminister von CDU und CSU sowie Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hätten seine Position unterstützt, sagte Strobl der Deutschen Presse-Agentur. ➤

### ➤ AstraZeneca oder was?

Kurz vor Redaktionsschluss erreicht uns die Nachricht, dass die Impfung mit dem Impfstoff AstraZeneca gestoppt wurde. Mit diesem Impfstoff wurden bisher insbesondere die 18- bis 65-jährigen geimpft. Darunter ein Großteil der Polizei.

In Deutschland gibt es grundsätzlich keine Wahlmöglichkeit des Impfstoffs. Es bleibt die Entscheidung, ob man sich impfen lässt oder nicht. Das reicht vermutlich zukünftig nicht mehr aus. „Ja“ oder „Nein“ ist keine Alternative.

### ➤ Ständige Impfkommission (STIKO)

Die Ständige Impfkommission (STIKO) ist ein unabhängiges Expertengremium, dessen Tätigkeit von der Geschäftsstelle im Fachgebiet Impfprävention des Robert Koch-Instituts koordiniert und beispielsweise durch systematische Analysen der Fachliteratur unterstützt wird. Ziel ist es, die Impfeempfehlungen an neue Impfstoffentwicklungen und Erkenntnisse aus der Forschung optimal anpassen zu können. Sie entwickelt Impfeempfehlungen für Deutschland und berücksichtigt dabei nicht nur deren Nutzen für das geimpfte Individuum, sondern auch für die gesamte Bevölkerung. STIKO-Empfehlungen gelten als medizinischer Standard.

Die STIKO hat in der aktuellen Berufsperiode von 2020 bis 2023 18 Mitglieder. Informationen zu Tätigkeitsschwerpunkten, Institutszugehörigkeit, beruflichem Werdegang, ausgewählten wissenschaftlichen Publikationen sowie die Selbstauskünfte zu möglichen Interessenkonflikten finden sich in den folgenden Mitgliederprofilen.

Die STIKO wurde im Jahr 1972 beim damaligen Bundesgesundheitsamt eingerichtet. Aufgrund der Bedeutung ihrer Impfeempfehlungen wurde sie mit dem Infektionsschutzgesetz im Jahr 2001 gesetzlich verankert. Seit dem Jahr 2007 sind die von der STIKO empfohlenen Impfungen Grundlage für die Schutzimpfungsrichtlinie (SI-RL) des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) und werden mit Aufnahme in die SI-RL Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in Deutschland.

Stand: 20.08.2020





## > Ständige Impfkommision setzte die Polizei an 6. Stelle

Bei sechs Gruppen war die Polizei im Dezember 2020 auf Platz fünf angesiedelt.

1. Gruppe = 8,6 Millionen
2. Gruppe = 6,7 Millionen
3. Gruppe = 5,5 Millionen
4. Gruppe = 6,9 Millionen
5. Gruppe = 9 Millionen (darunter die Polizei)
6. Gruppe – 45 Millionen

## > Bundesgesundheitsminister Spahn korrigiert Stufen

Der Bundesgesundheitsminister machte aus sechs nur drei Stufen. Die Polizei rutschte auf 2 und einige Polizisten in die Gruppe 1 (Demonstrationen).

> Mehrere Gespräche und Aktionen auf Bundes- und Lan-

desebene – verstärkt ab Montag, 22. Februar 2021 nach Bekanntgabe der Lehrer/Erzieher-Impfung (circa 200 000 in BW)

- > **Montag/Dienstag:** Kritik an Sozialminister Lucha, mehrere Pressemitteilungen und Berichterstattung in Südkurier, Schwäbisches Tagblatt, Stuttgarter Nachrichten, Online-Medien – mit Hinweis auf Gefahren für die Polizei
- > Bundesinnenminister Seehofer und DPolG-Bundesvorsitzender Wendt in Bild-Zeitung und anderen Medien
- > **Montag:** Telefonat mit dem Innenministerium
- > **Dienstag:** Whatsapp an Ministerbüro/Leitungsstab mit

Pressemeldungen der DPolG, Hinweis, dass es an der Basis kocht – fordere, dass wir das Signal geben, dass die Polizei bereit ist

- > **Mittwoch:** Hauptpersonalrat befasst sich mit der Gruppeneinteilung
- > **Donnerstag:** Rheinland-Pfalz Innenminister Lewenz gibt Start der Impfung bei der Polizei bekannt
- > **Donnerstag:** Whatsapp an Ministerbüro/Leitungsstab mit Hinweis auf Rheinland-Pfalz
- > **Freitag 9 Uhr:** Ministerbüro/Leitungsstab spricht mit Minister
- > **Freitag 9.25 Uhr:** Whatsapp an Ministerbüro/Leitungsstab – Start am 15. März zu spät

> **Freitag 10.35 Uhr:** Antwort von Ministerbüro/Leitungsstab – Prüfung läuft

> **Freitag 10.44 Uhr:** Whatsapp von Ministerbüro/Leitungsstab – wir wollen noch heute damit rausgehen

> **Freitag 13.22 Uhr:** Whatsapp von Ministerbüro/Leitungsstab – Minister hat eben den Beginn der Impfung für nächste Woche verkündet

> **Samstag, 27. Februar 2021:** Information der Mitglieder über private Impftermine und Hinweise auf Impfterminmonitor (für alle die einen Impftermin suchen) und Impfterminservice.de (für alle die einen Impftermin buchen möchten). ■

## Bewährungsaufstieg in den gehobenen PVD

# Innenministerium gibt Aufstiegsmöglichkeiten bekannt

Im kommenden Jahr sollen 240 Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes die Teilnahmemöglichkeit für den sogenannten Qualifizierungslehrgang (QL) 2021 zum Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst erhalten. Dieser Aufstieg berechtigt bis zum Aufstieg nach A 11 (Polizeihauptkommissar).

Wie immer erfolgten die Planungen mit Blick auf möglichst einheitliche Erfüllungsstände im gehobenen PVD zum 1. April 2022. Die Basis dafür waren Personalprognosen, bei denen die voraussichtlich 617 Polizeikommissaranwärter(innen), die im Frühjahr 2022 das Studium beenden.

Für die Deutsche Polizeigewerkschaft bleibt das Aufstiegskontingent weit hinter den Erwar-

tungen zurück. Dirk Preis, Mitglied des Geschäftsführenden DPolG-Landesvorstandes dazu: „Für Tausende Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes, die einen Aufstieg in den gehobenen Dienst über das Studium nicht realisieren konnten, weil seit Jahrzehnten zu wenige Studienplätze vorhanden sind, geht die Perspektive gegen Null. Zukunftsperspektive und Leistungsbezahlung sieht anders aus!“

Aufgrund der zahlreichen freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerungen kann es zu Engpässen in der Stellenbewirtschaftung des gehobenen Dienstes kommen. Deshalb müssen die Polizeipräsidien schauen, dass zum jeweiligen Lehrgangsabschluss eine freie und besetzbare Planstellen A 9 gD vorhanden ist. Soweit keine freie Beförderungsstelle vorhanden ist, sollen die Polizeipräsidien niemanden auf den Lehrgang entsenden. Aus diesem Grunde ist es möglich, dass es noch Änderungen bei den nachfolgenden Planungen gibt.

### ■ Qualifizierungsmaßnahmen bleiben ausgesetzt

Qualifizierungsmaßnahmen (QM), also den Aufstieg von



> Dirk Preis

A 9+ Zulage nach A 10 gehobener Dienst finden weiterhin nicht statt, da im Haushaltsjahr 2021 keine zusätzlichen Stellenhebungen von A 9Z nach A 10 vorgesehen sind. Seit Jahren läuft diese Aufstiegsmöglichkeit ins Leere, weil die Landesregierung hier keine Haushaltsmittel vorsieht. ■

AA	FR	HN	KA	KN	LB	MA	OG	PF	RT	RV	S	UL	Ein-satz	HfPol	PTLS Pol
17	12	22	16	11	12	28	11	17	20	10	22	21	12	7	2



# DPoIG erneuert Forderung nach Scheckkartenausweisen für Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert seit Jahren, dass man auch für Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte Dienstaussweise im Scheckkartenformat einführt.

„Was bei den Versorgungsempfängern bereits gelungen ist und für den Polizeivollzug normal ist, sollte auch für den Nichtvollzug gelten,“ so Natascha Hildenbrand, Landesbeauftragte für den Verwaltungsdienst.

Für die Deutsche Polizeigewerkschaft ist die landesweite Ablösung des „gelben Papierausweises“ durch einen Dienstaussweis im Scheckkartenformat längst überfällig. Dazu stellte der stellvertretende Landesvorsitzende und Landestarifbeauftragte, Edmund Schuler fest: „Das ist



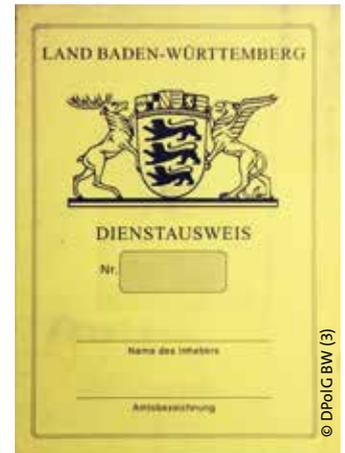
> Natascha Hildenbrand

auch eine Frage der Wertschätzung. Wir sind eine Polizei. Dienstaussweise im Scheckkartenformat kosten nicht die Welt!“



> Edmund Schuler

Bereits vor zwei Jahren hatte die DPoIG die landesweite Einführung des sogenannten „Pensionärsausweis“ für alle Ruhestandsbeamtinnen und



Ruhestandsbeamten vorangetrieben. Mit dem Innenminister wurde damals die Einführung auf den Weg gebracht. Auch beim Dienstaussweis für Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte ist nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft eine landesweite Einführung denkbar. Zumal der Dienstaussweis der Polizeivollzugsbeamten alles andere als besondere Sicherheitsmerkmale aufweist.

## Grüne wollen Rassismus-Überprüfung der Polizei durch die Hintertüre?

Kurz vor der Landtagswahl hat die grüne Landtagsfraktion noch einen besonderen Coup gestartet. Nachdem insbesondere die CDU, an erster Stelle auch der CSU-Bundesinnenminister Horst Seehofer, einer Diskriminierung der Polizei und Vorverurteilung einer ganzen Beschäftigtengruppe entgegengetreten war und eine Untersuchung von Radikalisierung, Extremismus und Rassismus abgelehnt hatte, versuchen es die Grünen nun durch die Hintertüre.

### ■ „Fraktionsgelder“ für Werteinitiative

Mehrere 100 000 Euro stellte die Landtagsfraktion von

Bündnis 90/Die Grünen dem Innenministerium zur Verfügung, damit diese das Thema Rassismus und Radikalisierung in der Polizei untersuche

und ein entsprechendes Projekt einsetzt. Dazu wurde nicht etwa der normale Staatshaushalt bemüht, sondern sogenannte Fraktionsgelder benutzt. Im Grunde widerspricht diese Form jeglichem ordentlichen Umgang mit Steuergeldern. Selbst wenn es dafür eine rechtliche Grundlage oder Absicherung geben mag.

### ■ Grüne (linke) Initiative wirft Schatten auf Wertekultur-Diskussion

Und natürlich, wenn man schon Geld bekommt, muss man es ausgeben. Zur Weiterentwick-

lung des demokratischen Selbstverständnisses innerhalb der baden-württembergischen Polizei wurde im Dezember letzten Jahres eine temporäre Koordinierungsstelle Werte (KoSt Werte) unter Führung des Inspektors der Polizei beim Landespolizeipräsidium eingerichtet. >





Seither zieht sich die angestoßene Wertediskussion durch viele Themenbereiche wie etwa die Überprüfung der polizeilichen Ausbildung. Was mit Whatsapp-Gruppen, dem Umgang mit sozialen Medien begann, und zurecht einen sorglosen Umgang weniger einzelner Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausmachte, gerät mit den aktuellen Entwicklungen und Hintergründen in ein ganz anderes Licht. Während der BDK und die GdP sich als wahre Förderer erweisen, hat sich die Deutsche Polizeigewerkschaft Zurückhaltung auferlegt.

Neben vielen guten Aspekten, die eine Wertediskussion bringen kann, sieht die DPoIG auch die Gefahren klar links-extrem ausgerichtetes Tendenzen, die in Berlin schon seit Monaten Stilblüten treiben, die die Polizei unter Generalverdacht stellt, strukturelle Probleme sieht und die Polizei in eine Ecke stellt, in der sie die DPoIG nicht sieht.

■ **Konex (Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg) wird in der Polizei aktiv**

In den letzten Tagen sorgte ein Schreiben des Kompetenzzentrums gegen Extremismus in Baden-Württemberg für Aufsehen in der Polizei. Extremismus? In der Polizei? Im Zuge der Wertediskussion initiiert das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) das Projekt „Strategiepatenschaft für Demokratie und Toleranz“ in der Polizei Baden-Württemberg.

Für viele Beschäftigte in der Polizei ist das schon ein harter Tobak wenn man sich an ein Strategiepapier des UA FEK mit dem Thema „Demokratische Resilienz“ anlehnt. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass die Weiterentwicklung der de-



© Windmüller (2)

*Polizeiinterne Auswertungen und Lagebilder bestätigen, dass wir weder beim Extremismus noch beim Rassismus ein strukturelles Problem haben. Die Polizeibeschäftigten machen einen tollen Job. Engagiert und motiviert leben sie die freiheitlich, demokratische Grundordnung. Darüber können und dürfen Einzelfälle im kaum feststellbaren Mikrobereich, der weit unterhalb eines Promillebereiches liegt, nicht hinwegtäuschen.*

Ralf Kusterer, Landesvorsitzender

mokratischen Resilienz von Polizistinnen und Polizisten eine gemeinschaftliche Aufgabe ist. Ziel sei es, das freiheitlich-demokratische Selbstverständnis innerhalb der Polizei Baden-Württemberg weiter zu fördern, um die Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen zu stärken.



Im Projekt „Strategiepatenschaft Demokratie und Toleranz“ sollen einzelne interessierte Polizistinnen und Polizisten dazu befähigt werden, eigenständig Projekte zur Demokratieförderung und Extremismusprävention, wie zum Beispiel Vorträge, Exkursionen oder Fachtage in ihren jeweiligen regionalen Polizeipräsidien anzustoßen. Nicht etwa mit Bürgerinnen und Bürgern oder unserem polizeilichen Klientel auf den rechten und linken Rändern der Gesellschaft, sondern in und mit der Polizei.

Dabei sollen die Strategiepatinnen und -paten durch das bei konex angesiedelte Landesbildungszentrum Deradi-

kalisierung (LBZ Derad) in vier zweitägigen Fortbildungswerkshops in den Grundlagen der Extremismusprävention, der politischen Bildungsarbeit und des Projektmanagements fortgebildet sowie mit zentralen zivilgesellschaftlichen Partnerinstitutionen bekannt gemacht werden.

■ **Führungs- und Wertekultur in der Polizei Baden-Württemberg**

Die meisten Polizeibeschäftigten hören diese Formulierungen nicht gerne. Für viele hö-

ren sie sich abgedroschen, unrealistisch und abgehoben an, die im krassen Widerspruch zu vielen Erlebnissen stehen. Dabei geht die Generation „kooperatives Führungssystem“ bald in den Ruhestand. Vielen hallt noch das Motto nach wie das Echo am Königssee nach „der Mensch steht im Mittelpunkt“.

Und doch, auch dem wollen wir uns als DPoIG nicht gänzlich verschließen. Wir brauchen Führung. Führung, die ehrlich mit den Beschäftigten umgeht. Führung, die vorangeht. Führung, die hinter einem steht. Führung, die eine verzeihende Fehlerkultur lebt. Führung, die sich an den Beschäftigten orientiert und die erkennt, dass ohne die „Geführten“ keine polizeiliche Aufgabe erledigt wird.

Und wir geben gerne den Grünen die Chance, in den kommenden Jahren den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu beweisen, dass Wertschätzung nicht nur ein Wort ist und meistens auch was mit (moneitären) Werten zu tun hat. Bislang hatten wir den Eindruck, als ob das politisch oft mit dem Wort „WertsCHÖPFUNG“ verwechselt wurde. ■

*Für uns ist das Thema Führungs- und Wertekultur keine Floskel. Die Polizeibeschäftigten erwarten eine Führungskultur, die sich an den Beschäftigten orientiert, mit Fehlern professionell umgeht und dabei immer auch die großartigen Leistungen und das Engagement der Beschäftigten im Blick hat. Wer stets gute Arbeit leistet, darf bei einem Fehler auch eine faire Behandlung erwarten, die jeglichen Vorverurteilungen entgegentritt.*



Daniel Jungwirth, stellvertretender Landesvorsitzender



# DPolG-Fachsprecher Kriminalpolizei erneuert Kritik zur Ausführung der Polizeidienstausweise

Für Rolf Fauser, Dokumentensachverständiger beim Landeskriminalamt und Landesbeauftragter für die Kriminalpolizei ist das Thema Polizeidienstausweis ein echter Lacher.

Bereits mit der Einführung des aktuellen Dienstausweises für den Polizeivollzugsdienst hatte er Sicherheitsmerkmale für den Dienstausweis gefordert.

Fauser wörtlich: „Dieses Kärtchen drucke ich Ihnen fast auf jedem einfachen Drucker, der in der Lage ist, auf ein Plastikteil aufzudrucken. Im Grunde kann das jeder nachmachen.“

Fauser setzt sich dafür ein, dass bundesweit ein einheitlicher Polizeidienstausweis mit Sicherheitsmerkmalen erstellt wird. Rolf Fauser sieht dabei auch in der aktuellen Entwicklung falscher Polizisten, die insbesondere ältere Menschen um ihr Geld prellen, eine Notwendigkeit des Handelns.



© DPolG BW

Rolf Fauser

## DPolG „fit for test“ – online ein Erfolg

Am 5. Mai findet das erste schriftliche Auswahlverfahren für ein erfahrungsbasiertes Studium an der Hochschule für Polizei statt.

Das „fit for test“-Team mit Dominic Schefold (Bezirksvorsitzender JUNGE POLIZEI Reutlingen) und Jürgen Engel (stellvertretender Landesvorsitzender) hatte sich coronabedingt dazu entschieden, die begehrte Informationsveranstaltung als Online-Veranstaltung durchzuführen.

Technische Unterstützung bekamen sie von Jörg Timmann aus der Geschäftsstelle.

Mit über 550 Teilnehmer(innen) ein toller Erfolg für die drei Organisatoren, aber auch hoffentlich für die Bewerber(innen) im Zulassungsverfahren. ■



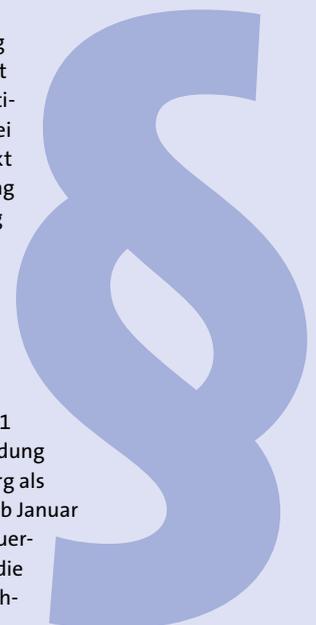
### > Behinderten-Pauschbeträge

#### Gesetz zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen; fehlerhafte ELStAM-Meldungen

Bei der automationsunterstützten Umsetzung der Verdoppelung der Pauschbeträge in der vom Bundeszentralamt für Steuern verwalteten Datenbank für die Elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM) kam es zu einem folgenschweren Fehler.

Die Pauschbeträge für Menschen mit Behinderungen wurden hierbei nicht verdoppelt, sondern auf 0 Euro herabgesetzt. Dies führte bei den Betroffenen bedauerlicherweise zu einem höheren Lohnsteuerabzug.

Im Sinne der Betroffenen haben die Finanzämter in Baden-Württemberg die Pauschbeträge für Menschen mit Behinderung nach unserer Intervention umgehend manuell berichtigt. Bei nachschüssiger Gehaltszahlung wirkt sich der richtiggestellte Pauschbetrag erstmals bei der Gehaltsabrechnung für den Monat März 2021 aus; bei vorschüssiger Gehaltsabrechnung – also insbesondere bei Beamtinnen und Beamten – wirkt sich die Richtigstellung erstmals im Monat April 2021 aus. Der Fehler wurde zudem rückwirkend zum 1. Januar 2021 berichtigt. Das Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg als lohnsteuerlicher Arbeitgeber, wird ab Januar 2021 den vorgenommenen Lohnsteuerabzug rückwirkend korrigieren und die zu viel einbehaltene Lohnsteuer nachträglich erstatten.





DPoIG fordert

# Verlängerung der VwV-Freistellungsjahres und bessere Konditionen über den 31. Dezember 2021 hinaus

von Antonio Pellegrino, Bezirkstarifbeauftragter Karlsruhe

Die Durchführung eines Freistellungsjahres für Tarifbeschäftigte in Verbindung mit einer Wertguthabenvereinbarung nach § 7 b SGB IV ist auf Grundlage der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums (VwV-Freistellungsjahr) durch eine entsprechende Einzelvereinbarung mit Zustimmung der Personalvertretung nach § 10 Abs. 6 TV-L möglich. Der Abschluss einer solchen Vereinbarung darf nur erfolgen, wenn das Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) das Vorliegen der allgemeinen und steuerrechtlichen Voraussetzungen sowie die abrechnungstechnische Durchführbarkeit für die im Einzelfall

beabsichtigte Wertguthabenvereinbarung bestätigt hat.

Für Interessierte empfehlen wir, sich bei den zuständigen Sozialversicherungsträgern sowie der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) rechtzeitig vor Abschluss einer Vereinbarung über die möglichen Auswirkungen zu informieren und sich dann mit der zuständigen Personalverwaltung in Verbindung zu setzen.

Mit der Verlängerung der Verwaltungsvorschrift fordern wir folgende bessere Konditionen:

> Fünf anstatt zehn Jahre Beschäftigungszeit in der Lan-

desverwaltung beim berechtigten Personenkreis

- > Mehrfache Möglichkeit (zum Beispiel ein zweites Freistellungsjahr) anstatt nur einmalig zu nehmendes Freistellungsjahr
- > Bewilligungszeitraum von zehn Jahren anstatt acht Jahren
- > Freistellungszeitraum flexibler gestalten als sechs oder zwölf Monate, zum Beispiel drei Monate und auch weniger als ein Jahr
- > Erweiterung der Genehmigungsvarianten (siehe Tabelle)
- > Möglichkeit zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen im Freistellungsjahr
- > Auf Antrag die Verlegung für noch nicht genommenen



> Antonio Pellegrino

Erholungsurlaub bis nach dem Ende der Freistellung  
> Möglichkeit der Ausübung von Nebentätigkeiten

Die oben genannten „künftig bessere Konditionen“ finden sich in den verschiedenen Verwaltungsvorschriften (VwV Freistellung) der Ministerien.

	Ansparphase	Freistellungsjahr	Freistellung		
			12 Monate	6 Monate	3 Monate
1/2	2 Jahre	1 Jahr	50 Prozent		
8/9	8 Jahre	1 Jahr	88,8 Prozent		
9/10	9 Jahre	1 Jahr	90,0 Prozent		
1/2	1 Jahr	0,5 Jahre		50 Prozent	
8/9	4 Jahre	0,5 Jahre		88,8 Prozent	
9/10	4,5 Jahre	0,5 Jahre		90 Prozent	
1/2	3 Monate	3 Monate			50 Prozent
2/3	6 Monate	3 Monate			66,7 Prozent
3/4	9 Monate	3 Monate			75 Prozent
4/5	12 Monate	3 Monate			80 Prozent
5/6	15 Monate	3 Monate			83,3 Prozent
6/7	18 Monate	3 Monate			85,7 Prozent
7/8	21 Monate	3 Monate			87,5 Prozent
8/9	32 Monate	3 Monate			88,8 Prozent
9/10	36 Monate	3 Monate			90,0 Prozent